

II-3652 der **Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 17971J

1982 -03- 31

D R I N G L I C H E A N F R A G E

*der Abgeordneten Steinbauer, Dr. Keimel, Burgstaller, Bergmann
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Finanzierung des "Konferenzpalastes" bei der UNO-City
durch die österreichischen Steuerzahler*

*Bundeskanzler Dr. Kreisky hat in der ORF-Pressestunde am
21. März 1982 auf die Frage nach der Finanzierung des zusätzlichen
Konferenzpalastes bei der UNO-City in Wien wörtlich erklärt:
"Vorläufig haben wir die Mittel im Budget vorgesehen dafür ...",
um dann von nebulösen Vorstellungen über Finanzierungsgesell-
schaften, Leasing-Verträge, mieten, kaufen usw. zu reden.*

*Damit war die Finanzierung des Monsterprojektes "Konferenzpalast"
dort gelandet, wo sie immer war:
Beim österreichischen Budget und damit beim österreichischen
Steuerzahler!*

*Schon in den 70-er Jahren war klar, daß der "Konferenzpalast"
nur aus Geldern der österreichischen Steuerzahler finanziert
werden kann. Die ÖVP hat daher angesichts der Schwierigkeiten,
die sich durch die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Bundes-
regierung für die 80-er Jahre abzeichneten, jenes Gesetz abge-
lehnt, das die Verwirklichung des zusätzlichen "österreichischen
Konferenzentrums" erst ermöglicht und entsprechende Steuergelder
zur Verfügung stellt.*

- 2 -

Entgegen allen Versuchen der sozialistischen Propaganda es anders darzustellen:

Die ÖVP hat im Jahre 1979 gegen das sogenannte Konferenzpalast-Finanzierungsgesetz, die 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle im Nationalrat gestimmt.

In der Folge hat die Volkspartei gegen dieses Projekt gekämpft, weil es aus vielerlei Gründen, die auch von den meisten Sozialisten anerkannt sind, sinnlos geworden ist.

Die SPÖ hat sich im Jahre 1981 sogar kurzfristig diesen Argumenten angeschlossen, als sie versuchte, eine Volksbefragung gegen den Konferenzpalast in Wien propagandistisch zu unterlaufen.

Im Jänner 1982 änderte der Bundeskanzler aber wiederum seine Meinung. Öffentlich wurde der Eindruck erweckt, daß die Lage der Bauwirtschaft und billiges Araber-Geld den Bau nunmehr rechtfertigen würden.

Das stimmt aber nicht: Der Bauwirtschaft wird, wie Experten öffentlich erklärten, unmittelbar nicht geholfen und an billiges Araber-Geld glaubt nicht einmal der Finanzminister.

Den sozialistischen Zick-Zack-Kurs über die Finanzierung des Konferenzpalastes macht folgende Dokumentation deutlich:

28.2.1981

Kreisky im Kurier:

"Wenn man will, kann man auf das Konferenzzentrum verzichten".

31.3.1981

Kreisky im Zeit im Bild auf die Frage, ob der Konferenzpalast "sofort" gebaut werde:

"Wird gebaut, wird gebaut"

- 3 -

1.4.1981

SK-Meldung über Kreisky nach dem Ministerrat:

"Dieses große Sparprogramm..... bedeute auch die Rückstellung des Baus des Wiener Konferenzentrums"

10.4.1981

*Wiener Zeitung über Finanzminister Salcher,
das Projekt sei bis 1986 aufgeschoben.*

November 1981

Sozialistisches Plakat in Wien:

"Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz haben bereits verbindlich erklärt:

Das UNO-Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns - in wirtschaftlich günstigeren Zeiten als diesen - leisten können."

Nach dem Jahreswechsel 1981/1982 erfolgte dann der Umstieg auf die neue Argumentation, die sich jetzt als falsch herausstellt:

7.1.1982

Kreisky im Gespräch mit der AZ in Bad Gastein:

"Für die Aufbringung des Geldes gibt es.... prinzipiell keine Schwierigkeiten."

8.1.1982

"Arbeiter-Zeitung" zur Finanzierungsfrage:

"Inoffiziell heißt es, Österreich werde von Arabischen Emiraten einen äußerst günstigen Kredit mit einer nur vierprozentigen Verzinsung bekommen."

- 4 -

Jänner/Februar 1982

SPÖ-Flugblatt für ganz Österreich ("Die Wahrheit über das Konferenzzentrum"):

"Das Konferenzzentrum wird mit günstigem ausländischen Geld von einer Sondergesellschaft fertiggestellt"

Noch am 5. März 1982 erklärte der stv. Vorsitzende der SPÖ Blecha laut SK, zur Finanzierung des Konferenzpalastes "wird Geld aus dem Ausland zur Verfügung stehen.....".

Seit der Pressestunde vom 21. März 1982 aber ist klar, es gibt weder günstiges ausländisches Geld noch eine Finanzierungsgesellschaft. Es wird vielmehr das geschehen, was Finanzminister Salcher schon am 19. Jänner 1982 in der SK angedeutet hat, als er feststellte, daß "außerdem im Budget 1982 bereits 900 Mio. S vorgesehen" seien:

Die österreichischen Steuerzahler werden zur Kasse gebeten!

Das bedeutet aber, daß für die notwendige Sicherung der Arbeitsplätze breit gestreut über ganz Österreich, die Gelder fehlen. 7,5 Mrd. S werden in ein nutzloses Großprojekt gesteckt, anstatt damit den Wohnbau und die Stadtsanierung zu finanzieren, die ein Vielfaches an dauerhaften Arbeitsplätzen sichern könnten.

Darüber hinaus wird der Konferenzpalast die österreichischen Steuerzahler aber auch nach seiner Fertigstellung jährlich massiv belasten. Der Betrieb wird nämlich täglich 1 Mio. S verschlingen.

- 5 -

Um angesichts des bevorstehenden Volksbegehrens zur Verhinderung des Baus des Konferenzpalastes den österreichischen Steuerzahlern offen zu sagen, daß sie es sind, die dieses Monsterprojekt bezahlen müssen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler, der nach Auskunft des Finanzministers (Finanz- und Budgetausschuß vom 14. Jänner 1982) die Finanzierungsverhandlungen führte, folgende

A n f r a g e :

- 1. Warum haben Sie den Eindruck erweckt, es gäbe für die Finanzierung des Konferenzpalastes bei der UNO-City billiges arabisches Geld?*
- 2. Warum sind Ihre Verhandlungen mit Kuwait gescheitert?*
- 3. Warum sind Ihre Verhandlungen mit den Arabischen Emiraten gescheitert?*
- 4. Mit welchen anderen arabischen Staaten haben Sie noch verhandelt?*
- 5. Warum sind diese Gespräche gescheitert?*
- 6. Wurde anlässlich des Staatsbesuches von Libyens Gaddafi über die Finanzierung des Konferenzpalastes verhandelt?*
- 7. Wie hoch hätte die Verzinsung jener Kredite sein sollen, die Österreich nunmehr nicht bekommt?*
- 8. Mit wem haben Sie über die Errichtung einer Finanzierungsgesellschaft verhandelt?*

- 6 -

9. Welche Leasing-Raten waren dabei vorgesehen?
10. Wie hoch wurde dabei der Zwischengewinn der Finanzierungsgesellschaft kalkuliert?
11. Wieviele Hotels sollten durch die Finanzierungsgesellschaft errichtet werden?
12. Wer hätte diese Hotels betreiben sollen?
13. Wieviel Geld wird heuer für den Bau des Konferenzpalastes ausgegeben?
14. Wieviel davon wird der österreichischen Bauwirtschaft zugute kommen?
15. Gibt es eine seriöse Berechnung der Betriebskosten des Konferenzpalastes?
16. Wer wird das Defizit bei den laufenden Betriebskosten des Konferenzpalastes bezahlen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.